

«Wir sind doch keine tote Sache»

Bolivien Am heutigen Internationalen Tag der indigenen Völker machen Ureinwohner weltweit auf ihre prekären Lebensumstände aufmerksam. So auch Roger Choque, der auf der Isla del Sol einen erbitterten Kampf führt

VON CAMILLA LANDBØ, LA PAZ

Eine besondere Energie wird ihr zugesprochen, der Isla del Sol, der Sonneninsel im bolivianischen Titicacasee. Auf über 3800 Metern Höhe liegt der umspülte Flecken Land. «Hier gibt es heilende Kräfte», sagt Roger Choque (36). Er ist auf der bolivianischen Insel geboren und hält als Schamane Zeremonien ab, für Einheimische und manchmal auch für Menschen aus der ganzen Welt. Auf Klippen oder Hügeln richtet er Altartische - sogenannte «mesas» - her, büschelt Süssigkeiten, heilige Räucherwerke, Zigaretten und Kokablätter und verbrennt alles zusammen zu Trommelrhythmen und Gesang. «Damit reinigen wir Körper und Seele und huldigen der Pachamama, der Mutter Erde», sagt Choque.

Der Legende nach ist die Isla de Sol der Geburtsort der Inkas. Aus dem Wasser des Titicacasees sollen die Kinder des Sonnengottes Inti einst entstiegen sein und das grosse Reich gegründet haben. Heute noch zeugen auf der Insel Ruinen und Stätten von der verblassten Hochkultur der Inkas. Sie werden täglich von zahlreichen Touristen besucht. Erreichbar sind sie nur zu Fuss. Die Besucher wandern an Eukalyptusbäumen, Mais-, Bohnen- und Kartoffelfeldern vorbei, auf einfachen Wegen, wo man Lamas und Esel kreuzt. Autos gibt es hier nicht. Dafür viel Ruhe, frische Luft und einen Ausblick auf die verschneite Andenkette weit hinten am Horizont.

Kampf für eigenes Rechtssystem

Die heutigen Inselbewohner gehören zum Volk der Lupacas. Die Lupacas sind eine der 36 indigenen «Nationen», die der Mehrvölkerstaat Bolivien in der neuen Verfassung 2009 offiziell anerkannt hat. Die neue Verfassung spricht den Indigenas einen besonderen Schutz ihrer kulturellen Identität, ihrer sozialen und politischen Strukturen sowie territoriale Selbstbestimmung zu. Die Verfassung schreibt zudem fest, dass die Rechtssysteme der indigenen Nationen als gleichrangig gelten wie die herkömmliche bolivianische Justiz. Dazu können die indigenen Gemeinschaften Autonomie beantragen und eine separate Verfassung ausarbeiten.

«Mein Dorf Challa hat Autonomie beantragt», sagt Roger Choque, während er auf Kokablättern herumkaut. Der Schamane geht nie ohne sein mit Kokablättern gefülltes Täschchen aus dem Haus. In Bolivien ist dieses Blatt heilig. Nebst dem, dass es gegen Kälte, Hunger und Höhenkrankheit hilft, wird es in jeder Zeremonie eingesetzt. «Wenn das



Roger Choque (36) gehört zum Volk der Lupaca. Er kämpft dagegen an, zum «toten Kulturgut» degradiert zu werden. CAMILLA LANDBØ

INTERNATIONALER TAG DER INDIGENEN VÖLKER

Rund 370 Millionen Menschen gehören zu den Indigenen

Rund 370 Millionen Menschen in 70 verschiedenen Ländern zählen zu den sogenannten indigenen Völkern. Viele von ihnen leben in Armut, haben nur eingeschränkten Zugang zu Bildung und werden oft Opfer von Diskriminierung und Rassismus. Mit einer entsprechenden Erklärung hat die UNO 2007 die Rechte indigener Völker zu stär-

ken versucht. Der damalige UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon sprach von einem Schritt mit «historischer Bedeutung». Nichtsdestotrotz lebt auch heute ein Grossteil der Indigenen unter prekären Bedingungen. Mit dem 1995 von der UNO eingeführten Internationalen Tag der indigenen Völker soll jährlich an das Schicksal und die Lebensumstände der Indige-

nen erinnert werden. Besonderes Augenmerk liegt dieses Jahr auf der Situation jener Indigenen, die von der andauernden Abholzung bedroht sind. Viele der rund 5000 indigenen Völker leben in Wäldern und haben dort ihre heiligen Stätten. Sie sind oft die ersten Menschen, die von kommerzieller Waldwirtschaft betroffen sind. (SAS)

jemand wünscht, lese ich auch die Zukunft aus den Kokablättern», sagt Choque und blinzelt in die Wintersonne.

Zurzeit reist der Schamane regelmäßig in die bolivianische Hauptstadt Sucre zum Verfassungsgericht. «Wir erwarten ein Urteil, damit wir in Challa endlich die indigene Justiz anwenden können und nicht mehr der Rechtsprechung des bolivianischen Staates unterstehen.»

Choque gehört zu den elf Dorfvorstehern von Challa, die alle Jahre aus der Gemeinschaft heraus neu bestimmt werden. Die Gewählten sind verpflichtet, politische Verantwortung zu übernehmen. «Deswegen fehlte mir in den letzten Monaten die Zeit, Zeremonien abzuhalten», erklärt er. Vermissen tut er seinen alten Job als Zeremonien-Meister nicht. Choque setzt sich mit Leib und Seele für die Autonomie seines Volkes ein. Für ihn ist klar: «Wir indigenen Völker müssen endlich selbstbestimmt leben können.»

Der Tempel der Träume

Daneben führt Choque einen zweiten, für ihn ebenso wichtigen Kampf: Er will, dass Bolivien seinen Entscheid rückgängig macht, einen Grossteil der Isla del Sol als Kulturerbe unter Schutz zu stellen. «Wir sind doch keine tote Sache, etwas, das man künstlich schützen muss», sagt Choque. «Wir sind ein lebendiges, aktives Volk, das in Freiheit und Frieden leben möchte.» Das sollten sich die Menschen dieser Erde immer wieder in Erinnerung rufen - besonders am heutigen Internationalen Tag der indigenen Völker.

Und dann setzt Choque zu einer jener alten Weisheiten an, die in den Ohren westlicher Zuhörer ziemlich abgenagt klingen. Choque aber meint es bitterernst: «Erst wenn es aufhört zu regnen, erst dann wird der Mensch verstehen, dass man Geld nicht essen kann.» Choque lebt von der Land- und Viehwirtschaft, wie die meisten Bewohner der Isla del Sol. Jeden Morgen bringt er seine Schafe, Kühe und Esel auf die Weide. Die meisten Lupacas betreiben daneben Unterkünfte und Restaurants für Touristen. Choque findet das gut. «Aber das Gleichgewicht, das muss trotzdem beibehalten, unsere Kultur und die Natur bewahrt werden.» Das ist dem zweifachen Vater wichtig. «Die Insel bedeutet mir alles - sie ist der Tempel meiner Träume.»

Und für diesen Traum will Choque kämpfen. Die Insel soll kein Folklore-Museum werden, sondern ein heiler Ort mit selbstbestimmten Bewohnern. Davon träumt er - besonders heute.

Trump heizt Debatte um Waldbrand an

USA Die derzeitigen Waldbrände in Kalifornien sind die grössten in der Geschichte des US-Bundesstaates. Und sie könnten weiter wachsen.

VON SAMUEL SCHUMACHER

13 000 Feuerwehrleute, 2300 Nationalgardisten, Hunderte Löschfahrzeuge und -helikopter und sogar eine zum Wasserwerfer umgenutzte Boeing 747: Mit diesem Monster-Aufgebot an Hilfskräften versucht der Bundesstaat Kalifornien an der amerikanischen Westküste, den grössten Waldbränden seiner Geschichte Herr zu werden.

Die insgesamt 17 Feuerherde, denen die Behörden den Namen «Mendocino Complex» gaben, haben bereits 115 000 Hektaren abgebrannt. Das entspricht ungefähr der Fläche der kalifornischen Mega-Metropole Los Angeles. Die anhaltende Trockenheit und die verhält-



Feuerwehrleute bekämpfen die Waldbrände rund um das kalifornische Ladoga. KEY

nismässig starken Winde liessen das Feuer auch gestern weiter wachsen. Erst rund ein Drittel der Brandherde sind unter Kontrolle der Feuerwehrleute. Zehntausende Menschen wurden

evakuiert, der beliebte Yosemite-Nationalpark im kalifornischen Hinterland sicherheitshalber geschlossen. Rund 400 Inlandflüge sind gestrichen. In einem der betroffenen Bezirke wurde

der Start ins neue Schuljahr auf unbestimmte Zeit verschoben.

Unnötig Öl ins Feuer goss US-Präsident Donald Trump. Er behauptete auf Twitter, die Politiker im demokratisch regierten Kalifornien seien schuld, weil sie «aus Blödeheit Wasser in den Pazifik umleiten». Trump sprach damit einen Konflikt zwischen Umweltschützern und kalifornischen Bauern an. Letztere verlangen seit Jahren, dass sie mehr Wasser aus den Flüssen für Bewässerungsprojekte abpumpen dürfen.

Aus Kalifornien erntete Trump für seinen Kommentar ungläubige Reaktionen. Daniel Berlant, einer der obersten Feuerwehrmänner des Staates, sagte gegenüber der «New York Times»: «Der Klimawandel ist es, der zu mehr und schlimmeren Waldbränden führt.» Was die Waldbrände ausgelöst hat, ist noch nicht geklärt. Mutmasslich geriet ein geplatzer Reifen auf einem Highway in Brand. Unter den momentanen klimatischen Bedingungen reichte das, um die historische Katastrophe auszulösen.

Georgien

USA: Russland soll Truppen abziehen

Zehn Jahre nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Russland und Georgien haben die USA Moskau zum Abzug der russischen Truppen aus den abtrünnigen georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien aufgefordert. Die Regionen seien Teil Georgiens, nicht Teil Russlands, sagte die Sprecherin des US-Aussenministeriums. Die USA unterstützen «weiterhin die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Georgiens in den international anerkannten Grenzen», sagte die Sprecherin am Dienstag. «Die USA rufen Russland auf, seine Truppen auf die vom Waffenstillstand 2008 bestimmten Positionen zurückzuziehen.»

In dem Krieg starben mehrere hundert Menschen. Nach UNO-Angaben waren rund 120 000 Menschen vorübergehend auf der Flucht. Russlands Eingreifen zog eine bedeutende Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen nach sich. (SDA)